

fragenkatalog

ZUR ATOMMÜLL-LAGERUNG

IN SÜD-OST-NIEDERSACHSEN

HERAUSGEBER :

REGIONALKONFERENZ Süd-Ost-Niedersächsischer Bürgerinitiativen

Landesverband "DIE GRÜNEN" Niedersachsen

Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen e.V.

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)

Braunschweig, 1. Februar 1982

Vorwort:

Seit über 6 Jahren wird unter strengster Geheimhaltung die Eignung des ehemaligen Erzbergwerkes "Schacht Konrad" bei Salzgitter-Bleckenstedt als Atommüll-Endlager untersucht.

Im Falle der Genehmigung würde die Anhäufung von Atommüll-Endlagern im Raum Süd-Ost Niedersachsen - (Asse II bei Wolfenbüttel, Bartensleben (DDR) und Gorleben (geplant)) - noch vergrößern.

Die Herausgeber, als strikte Gegner der Atomenergie, wollen mit dem vorliegenden Fragenkatalog die Veröffentlichung der notwendigen Informationen erreichen, damit in aller Öffentlichkeit die so lange vorenthaltene Auseinandersetzung endlich beginnen kann.

Der Fragenkatalog richtet sich an die Bundesregierung, die Regierung der DDR, die Niedersächsische Landesregierung, das Niedersächsische Sozialministerium als Genehmigungsbehörde, das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und die beteiligten Institute und Bundesanstalten und wird dem Niedersächsischen Landtag und dem Deutschen Bundestag als Eingabe vorgelegt. Außerdem soll er Politikern - besonders Kommunalpolitikern - betroffenen Kommunalvertretungen, interessierten Verbänden und Vereinen und betroffenen Bürgern als Anregung zur eigenen Tätigkeit dienen.

Inhaltsverzeichnis

1. Zur Lage der Atomenergie in der BRD

1.1	Stand des Atomprogramms.....	S. 1
1.2	Zur 3. Fortschreibung des Energieprogramms.....	S. 2
1.3	Entsorgungsproblematik.....	S. 4
1.4	Fazit.....	S. 6

2. Fragenkatalog

2.1	Landespolitische Fragen.....	S. 7
2.2	Asse.....	S. 8
2.3	Bartensleben.....	S.10
2.4	Konrad	
2.4.1	Müllarten.....	S.1 2
2.4.2	Störfallbetrachtung und allgemeine Fragen zur Sicherheit.....	S.1 3
2.4.3	Zwischenlager.....	S.1 4
2.4.4	Strahlenbelastung.....	S.1 4
2.4.5	Technische und methodische Mängel.....	S.1 5
2.4.6	Transport.....	S.1 5
2.4.7	Sachzwangpolitik.....	S.1 6
2.4.8	Bürgerdialog.....	S.1 7

3. Anschriften der Herausgeber.....

S. 19

1. Zur Lage der Atomenergie in der BRD

1.1. Stand des Atomprogramms

Zur Zeit befindet sich das Atomprogramm in einer schweren Krise. Aufgrund des breiten Widerstandes aus der Bevölkerung herrscht seit 4 Jahren ein faktisches Moratorium beim Bau neuer AKW's. Seit im Juli 77 mit dem Bau von Phillipsburg II begonnen wurde, ist bis November 81 kein AKW mehr genehmigt worden. (durch den Teilgenehmigungsbescheid vom 10.11.81 konnte das AKW Grafenrheinfeld ans Netz gehen). Die Genehmigung von 8 seit 1974 gestellten Anträgen stehen noch aus. Seit Ende 1976 erhielt die Kraftwerksunion (KWU), der einzige deutsche Reaktorbauer, nur noch 2 neue Inlands-Aufträge, die AKW's Lingen und Neupotz. Zum Vergleich: von 1969-77 wurden 20 Inlands- und 14 Auslands-Aufträge erteilt. Von den beiden größten Auslands-Aufträgen ist der mit dem Iran geplatzt und der mit Brasilien unsicher. Beim Anhalten der katastrophalen Auftragslage - anstatt der notwendigen 5-6 1.300 MW-Einheiten pro Jahr kann die KWU nur 1-2 liefern - stünde die KWU vor dem Ruin. Bereits seit 1975 (zuletzt im September 81) gab es bei der KWU mehrere Phasen Kurzarbeit. Im März 81 wurde ein Kapazitätsabbau von 20% (=2.700 Arbeitsplätze) in Erwägung gezogen. In diesem Zusammenhang ist auch die 3. Fortschreibung des Energieprogramms zu sehen, nach der die Atomenergie im Jahr 1995 17% des Primärenergieverbrauchs der BRD decken soll. Das entspricht in etwa dem 4-fachen der heute installierten AKW-Kapazität/siehe auch 1.2.).

Dieser massive Ausbau der Atomenergie wurde beschlossen, obwohl - entgegen den Behauptungen und Wünschen der Betreiber - die wesentlichen Probleme bei der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie nach wie vor ungelöst sind und eine Lösung nicht in Sicht ist.

An erster Stelle steht nach wie vor die "Entsorgung", für die es noch kein sicheres und akzeptables Verfahren gibt, geschweige denn, daß Standorte bereit wären, eine Entsorgungs- oder Wiederaufbereitungsanlage zu übernehmen(siehe 1.3.)

Die fortgeschrittenen Reaktortypen(Schneller Brüter und HTR) erweisen sich mehr und mehr als finanzielles Fiasko: statt der ursprünglich bei Baubeginn 1973 veranschlagten Kosten von 1,7 Milliarden DM und geplanter Fertigstellung 1981 soll der SB jetzt 5.4 Milliarden DM kosten und 1986 fertig sein. Die riesigen Finanzierungslücken konnten zur Zeit nur notdürftig gestopft werden. Die EVU's, die jetzt zum Teil bereit sind, sich stärker finanziell zu engagieren, können die entstehenden Kosten über den Strompreis auf den Verbraucher abwälzen. Dieser sog. "Brüter-Pfennig" wurde Anfang September von den Wirtschaftsministern des Bundes und der Länder abgesegnet. Auf ähnliche Schwierigkeiten stößt die Finanzierung des HTR in Schmehausen. Genauere Angaben über die Kosten einer Wiederaufbereitungsanlage(WAA) und ihre Finanzierungsmöglichkeiten lassen sich derzeit nicht machen.

Diese zunehmende Verteuerung zeigt, daß einige Kostenstellen offensichtlich nicht berücksichtigt wurden, für die jetzt der Verbraucher zur Kasse gebeten wird.

In den USA wurde der Atomstrom nach rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten als zu teuer eingestuft, so daß die dortigen Unternehmer auf andere Energieformen umgestiegen sind.

Neben diesen finanziellen Schwierigkeiten sind auch die technischen weiterhin ungelöst: der Schnelle Brüter wird die geplante Funktion mehr Brennstoff zu produzieren als zu verbrauchen, aller Voraussicht nach nicht erfüllen. Dieses Schicksal teilt er mit allen anderen Brütern auf der Welt. Auch hier gibt es zur Zeit keine kommerzielle WAA auf der Welt, die die in sie gesteckten Erwartungen hinsichtlich der Funktionstüchtigkeit, der Betriebssicherheit und der Rentabilität erfüllt hätte und erfüllen könnte. Über die für militärische Zwecke benutzten WAA's gibt es keine Angaben, da sie der Geheimhaltung unterliegen.

Abgesehen von diesen Problemen arbeiten die AKW's in der BRD zur Zeit unbefriedigend und unrentabel: die AKW's, die bekanntlich nur im Grundlastungsbereich eingesetzt werden können, müßten, um rentabel zu arbeiten - eigenen Kriterien zufolge - mindestens einen Auslastungsgrad von 75% erreichen. Die reale Auslastung betrug 1980 aber im Mittel nur 53% (ohne Forschungsreaktoren und Atomruinen).

1.2. Zur 3. Fortschreibung des Energieprogramms

Nichtsdestotrotz beschloß die Bundesregierung in der 3. Fortschreibung des Energieprogramms den Anteil der Atomenergie an der Gesamtstromerzeugung von 11,6% (1979) auf 30% (1995) zu erhöhen, das ist eine Steigerung von jetzt 10.000 MW auf 40.000 MW installierter Leistung. Damit hat die Bundesregierung dem jahrelangen Drängen der Atomindustrie nachgegeben.

Trotz großer Versprechen an die Atomindustrie erschien es der Bundesregierung bis jetzt gegen die breite Volksbewegung politisch nicht durchsetzbar. Jetzt, da die Atomenergieproblematik von anderen dramatischen Fragen der Zeit überschattet wird, Menschen, die noch vor kurzem alle Kraft gegen AKW's einsetzten, sich von der zunehmenden Kriegsgefahr unmittelbar betroffen fühlen und dagegen engagieren, glaubt die Bundesregierung diesen Schritt tun zu können. Es ist ein Signal an die Adresse der EVU's, daß die Bundesregierung am weiteren Ausbau der Atomenergie interessiert ist. Bei Beibehaltung der bisherigen Situation müßte sie befürchten, daß kurz- oder mittelfristig keine westdeutsche Reaktorindustrie mehr bestehen würde.

Den Inhalt der 3. Fortschreibung kann man in zwei wesentlichen Teilen betrachten:

1.2.1 Massiver Ausbau der Atomenergie

1.2.2. Zur Durchsetzung dieses Ausbaus eine Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens

zu 1.2.1.: Bei der geplanten Steigerung der installierten AKW-Leistung wird von folgenden Annahmen ausgegangen:

- a) Der Stromanteil am Energieverbrauch der Haushalte soll von derzeit 14% (1978) auf 26% (1995) steigen.
- b) Wenn bei 40.000 MW installierter AKW-Leistung die AKW's 30% des Gesamtstromverbrauchs erzeugen sollen, bedeutet die de facto eine Steigerung des Stromverbrauchs um etwa das 2 1/2 -fache in den nächsten 14 Jahren (d.h. eine 7%-ige Steigerung pro Jahr).

Untersucht man diese Annahmen genauer, so kommt man zu dem Ergebnis, daß hier wohl der Wunsch der EVU's und der Reaktorindustrie Vater des Gedankens war. Die Annahme einer 7%-igen Steigerung pro Jahr des Stromverbrauchs ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre (mittlere Wachstumsrate: 3-4%) unrealistisch. Eine nennenswerte Steigerung des Stromverbrauchs der Haushalte ist nur durch verstärkten Einsatz von Elektrizität zu Raumheizungszwecken zu erreichen (elektrische Wärmepumpe und Nachtspeicherheizungen). Dabei werden bestehende Tatsachen, sowohl der Kraftwerksauslastung als auch Möglichkeiten der Energieeinsparung außer Acht gelassen.

Zur Zeit beträgt der höchste Stromverbrauch für wenige Stunden im Jahr etwas über 50.000 MW. Bei einer installierten Kraftwerksleistung von ca. 85.000 MW ergibt das eine Überkapazität von 70% (bezogen auf Spitzenlast). Nach den letzten Entwicklungen des Energieverbrauchs und den vorhandenen technischen Möglichkeiten, Energie einzusparen, ist eine Reduzierung des Primärenergieverbrauchs auf die Hälfte bei konstantem Endenergieverbrauch innerhalb der nächsten 50 Jahre realisierbar. Dies haben Szenarien des Öko-Instituts Freiburg und der Enquete-Kommission des Bundestages (Pfad 4) ergeben.

Um den geplanten Ausbau zu realisieren, müßten - schnellstmögliche Genehmigungen vorausgesetzt - bei einer mittleren Bauzeit von zur Zeit 8 Jahren ab 1988 jedes Jahr 3 AKW's vom Biblis-Typ (1.300 MW) an's Netz gehen. Bei durchschnittlichen Investitionskosten von derzeit 3 Milliarden DM pro Block (Stand 1980) wären Gesamtinvestitionen von mindestens 60 Milliarden DM erforderlich. Dies könnte nur über drastische Strompreiserhöhungen finanziert werden. Schon heute sind in den Regionen mit hohem Atomstromanteil (z.B. Hamburg) die höchsten Strompreise zu bezahlen. Ein solcher Ausbau müßte gleichzeitig mit Milliarden Subventionen durch den Staat finanziert werden, da derartige Strompreiserhöhungen nur mit großen Schwierigkeiten durchsetzbar wären.

Bei Berücksichtigung aller bekannten Tatsachen über Energieverbrauch und Kosten der Atomenergie bleibt nur der Schluß übrig: Atomenergie ist nach wie vor die gefährlichste, teuerste und überflüssigste Energieform.

zu 1.2.2.: Der Maßnahmenkatalog zur Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens (siehe Bulletin der Bundesregierung vom 21.10.81)

bedeutet -entgegen den Behauptungen der Bundesregierung- eine Verringerung der Einspruchsmöglichkeiten der Bürger. Unsere wesentlichen Kritikpunkte richten sich gegen folgende Punkte des Katalogs:

- Durch die Übernahme bzw. verstärkte gegenseitige Anerkennung von Sachverständigen durch die Genehmigungsbehörden wird der ohnehin schon geringe Einfluß auf die Auswahl der Gutachter noch verringert. Auf die Forderung nach Aufträgen für Gutachten an kritische Wissenschaftler kann immer auf die Gutachten des Prototyps verwiesen werden.

- Die Reaktortypen werden standardisiert und nur der Prototyp geprüft (wie das erste Auto einer Baureihe beim TÜV). Durch diese Genehmigung der AKW's "im Konvoi" wird die Einspruchsmöglichkeit auch vom Inhaltlichen her verringert. In allen weiteren Genehmigungsverfahren kann dann auf die Musterprüfung verwiesen werden. Ein Einspruch aufgrund örtlicher Besonderheiten ist nicht mehr möglich. Somit ist auch die Möglichkeit gegeben, einen starken politischen Widerstand in einer Region zu umgehen.

- Durch die Verringerung der Anzahl der Teilerrichtungsgenehmigungen wird auch die Anzahl der Einspruchsmöglichkeiten verringert.

- Die Beschleunigung der atomrechtlichen Genehmigung soll "in einem nächsten Schritt auf Anlagen des Brennstoffkreislaufes ausgedehnt werden". Es ist also zu erwarten, daß die Verfahrensvereinfachung auf Kompakt-, Zwischen- und Endlager, sowie WAA's ausgedehnt wird. Dies erscheint auch wahrscheinlich, da die Atom-müllproblematik immer bedrohlicher wird.

Dieser Maßnahmenkatalog stellt einen Demokratieverlust auf der Ebene des einzelnen Bürgers und der Kommunalvertretungen dar.

1.3. Entsorgungsproblematik

Die Betriebsgenehmigung für Atomkraftwerke erfolgt nur bei Entsorgungsnachweis -so wurde es in einer Novelle des Atomgesetzes 1976 festgeschrieben. Daß hierdurch kein totaler Baustopp die Folge war, liegt daran, daß sich die Gerichte im Genehmigungsverfahren mit der Entsorgungssicherung auf dem Papier zufrieden gegeben haben, d.h. mit erst geplanten Endlagerstätten und Auslandsverträgen (La Hague) deren Vertragsbedingungen den Gerichten unzugänglich bleiben und deren Zuverlässigkeit zu hinterfragen ist.

1980 wurde der Zeitraum, über den der Entsorgungsnachweis zu erbringen ist, auf 6 Jahre festgelegt.

Wie sieht die Entsorgungssituation in der BRD im Augenblick aus?

Das Problem läßt sich in die Kette des hochaktiven Mülls und die Kette des schwach- und mittelaktiven Mülls aufspalten. Das Mengenverhältnis der beiden Müllsorten beträgt ungefähr 1 zu 9. Es fallen derzeit rund 13 000 m³ schwach- und mittelaktiven Mülls jährlich in der BRD an - mehr, als in 2000 randvoll gepackte VW-Kastenwagen paßt.

1.3.1. Die Kette des hochaktiven Mülls

Die Kette des hochaktiven Mülls besteht im wesentlichen aus vier Gliedern:

1.3.1.1. Kompaktlager: Durch eine größere Packungsdichte sollen die Abklingbecken der Kraftwerke quasi vergrößert werden. Man würde mit dieser Maßnahme eine Kapazität erhalten, die für eine dreijährige Lagerungsverlängerung der abgebrannten Brennelemente ausreicht. Die rechtlichen Verhältnisse sind noch ungeklärt (Darmstädter Urteil vom 3.9.).

1.3.1.2. Zwischenlager: Geplant ist die sogenannte Trockenlagerung in Castorbehältern, die für einen Zeitraum von maximal 30 Jahren möglich sein soll. So ein Behälter kostet rund 1 Million DM, wiegt etwa 80 t (Stahl) und bietet Platz für rund 4 t Brennelemente. Es ist allerdings völlig unklar, wie der Müll nach der Zwischenlagerung aus den verstrahlten Behältern geholt werden soll, um ihn endgültig endzulagern. Diese Zwischenlager gibt es zur Zeit noch nicht. Man plant derzeit zwei dieser Lager, in Gorleben und Ahaus. Die Durchführung erscheint viel problemloser, da keine geologische Forschung und nur wenige Bauten notwendig sind. Das Zwischenlager könnte 1985 in Betrieb genommen werden.

1.3.1.3. Abtransport und Wiederaufarbeitung im Ausland: Bis 1985/86 laufen die Verträge mit La Hague, Frankreich, dann könnte sich eine Partnerschaft mit den Engländern ergeben, die ihre Anlage in Windscale wieder fott machen wollen. Ab 1990 kommt der Müll, ob aufbereitet oder nicht, aus La Hague zu uns zurück, wobei im Falle einer Aufbereitung riesige Mengen schwach- und mittelaktiven Mülls geliefert werden. Außerdem versucht die DWK in die WAA bei Sarnwell in den USA einzusteigen. Diese Anlage arbeitet zwar derzeit nicht, aber von Seiten der Reagan - Regierung wird alles mögliche unternommen, um hier einen Neubeginn zu erwirken.

1.3.1.4. Endlagerung: Von der Wiederaufarbeitung kommen Wiederverwendbares Spaltmaterial, eine geringe Menge, meist verglaste, hochradioaktiver Müll, eine große Menge schwach- und mittelaktiver Müll. Anzumerken ist, daß die Verglasungstechnik noch nicht beherrscht wird (Gorleben Intern. Review). Weiteres siehe unter "Endlager für schwach- und mittelaktiven Müll".

1.3.2. Der Strang des schwach- und mittelaktiven Mülls

Der Strang des schwach- und mittelaktiven Mülls besteht im wesentlichen aus zwei Gliedern

1.3.2.1. Landessammelstellen: In der BRD gibt es hiervon 9 Stellen, die alle randvoll sind. 80% des Mülls stammt aus der Kerntechnik und Großforschung. Die jährlich anfallende Menge von 13.000 m³ wird sich in den nächsten Jahren erheblich steigern durch den hinzukommenden Müll aus Kraftwerksabrisse, Kapazitätssteigerung (ist wenigstens geplant) und den aus La Hague zurückkommenden Müll.

1.3.2.2. Endlager: Im Endlager sollte schließlich und endlich jede Art von radioaktiven Müll, der aus Nukleartechnik (Atomenergie, Waffen-

technik,...), Forschung und Medizin stammt und aufgrund langer Zerfallszeiten für Jahrtausende von der Biosphäre ferngehalten werden muß, landen.
Wobei es bis jetzt fraglich ist, ob es ein in dieser Weise geeignetes Endlager überhaupt geben wird.

In der Bundesrepublik kommen zur Zeit offiziell nur die Salzstöcke in Gorleben und in der Asse, sowie das ehemalige Erzbergwerk "Schacht Konrad" in Salzgitter für die Endlagerung in Frage. Mittlerweile ist aber zu vermuten, daß auch im Fichtelgebirge und in anderen norddeutschen Salzstöcken "geforscht" wird.

Der Salzstock in Gorleben ist geplant für hochaktiven und schwach- und mittelaktiven Müll. Seine Eignung ist, insbesondere für den hochaktiven "Restmüll", nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen sehr fraglich. Vor 1990 ist mit einer Entscheidung über Gorleben nicht zu rechnen.

Über das Salzbergwerk Asse II (siehe 3.2.)

Das ehemalige Erzbergwerk Konrad ist zur Zeit die einzige, innerhalb dieses Jahrzehnts realisierbare Endlagerstätte. Dort sollen schwachaktiver Müll und Großkomponenten stillgelegter Kraftwerke eingelagert werden.

Letzteres sind natürlich auch hoch- und mittelaktive Komponenten, die aber bei geeigneter "Verpackung" unter schwachaktiv laufen, sofern man darunter nur einen festen, nicht zu überschreitenden Wert der Dosisleistung an der Behälteroberfläche versteht - wie es die GSF scheinbar tun will.

Anfang bis Mitte 82 soll das Planfeststellungsverfahren beginnen. Die bisherigen Untersuchungen scheinen den Sicherheitsanforderungen zu genügen und, obwohl sie noch nicht abgeschlossen sind, spricht die GSF schon von der Eignung des Schachtes - Warum ist klar. Konrad muß geeignet sein!!

Das Problem des hochaktiven Mülls aus der Brennelementeaufbereitung kann man noch in die Zukunft hinausschieben - das Problem des schwach- und mittelaktiven Mülls, sowie der Kraftwerksstilllegung nicht mehr. Hier gibt es schon einen riesigen Müllberg und dieser wird aus bereits genannten Gründen innerhalb des nächsten Jahrzehnts rapide wachsen, d.h. kein Entsorgungsnachweis und damit keine neue Baugenehmigung, wenn nicht sogar Stilllegung bereits betriebener Anlagen.

1.4. Fazit:

- Die Brennelemente-Lagerung kann z. Zt. ca 30 Jahre warten, wenn Brennelemente-Zwischenlager genehmigt werden.
Hier liegt die besondere Bedeutung von Gorleben. -
- Für den gleichen Zeitraum läßt sich die WAA-Technologie hinausschieben.
- Eine Schwachstelle ergibt sich bei der Endlagerung von nicht weiter verwendbaren, aktiven Müll, der aber die größten Quantitäten darstellt.
Hier liegt die besondere Bedeutung von Schacht Konrad.

2. Fragenkatalog

2.1. Landespolitische Fragen

Frage 1

Welches Vorhaben für Atommüll plant das Land Niedersachsen ein; welche Forderungen bestehen seitens des Bundes; was ist konkret abgesprochen?

Frage 2

Hat das Land nach außen bereits erklärt, daß "Schacht Konrad" als Atom-
mülldeponie geplant ist, oder ist es Spekulation, wenn sich das Bayri-
sche Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen in der
Betriebsgenehmigung für das AKW-Grafenrheinfeld auf eine Deponie
Schacht Konrad beruft?

Ist im letzteren Fall die Landesregierung bereit, gegen den Vorgriff
zu protestieren und zu erklären, daß unter solchen Bedingungen ein un-
voreingenommenes, wissenschaftliches und demokratisches Planfeststel-
lungsverfahren nicht möglich ist?

Frage 3

Welche Rolle spielen die bestehenden Anlagen Asse und Bartensleben und
die 2 geplanten, Konrad und Gorleben, im Falle einer militärischen Aus-
einandersetzung?

Frage 4

Sind im Osten und Südosten Niedersachsens weitere AKWs geplant oder
ist dieser Region nur die Rolle der Müllkippe der Nation zugedacht?

Frage 5

Wie weit gibt es in der Europäischen Gemeinschaft Absprachen über ge-
trennte Forschung und gemeinsame Nutzung von Endlagerstätten und was
würde das für die Niedersächsischen Lager bedeuten.

Frage 6

Das Energieprogramm für Niedersachsen vom Dezember 1980 ist ein Pro-
gramm für die Elektrizitätswirtschaft, weil es auf einer im August
1980 veröffentlichten Studie "Wärme 2000" der Vereinigung Deutscher
Elektrizitätswerke basiert. Mit dieser Studie wird das Ziel verfolgt,
durch einen weiteren massiven Ausbau der Kraftwerkskapazität, insbe-
sondere der Atomkraftwerke, Mineralöl im Wärmemarkt durch elektrischen
Strom zu ersetzen und zu verdrängen sowie den stagnierenden Stromab-
satz zu fördern.

Warum setzt die Landesregierung trotz der ungelösten Entsorgungsfrage
einseitig auf die Atomenergieumsetzung?

Frage 7

Wie weit ist die Landesregierung bereit, ihr Energieprogramm neu zu
orientieren, da das Programm trotz derzeitiger Überversorgung von Nie-
dersachsen mit Elektrizität mit unrealistischen Stromzuwachsraten von
jährlich 5 v.H. bis 1985 und jährlich 3 v.H. bis 1990 begründet wird
(tatsächliche Zuwachsraten 1980 und 1981: je + 1,0 v.H.)?

2.2. Asse

Einleitung

In Asse II sind von 1967 bis Ende 1978 124 000 Fässer mit schwach-aktiven und 1300 Fässer mit mittelaktiven Atommüll eingelagert worden.

Damit wurde der gesamte in diesen Jahren angefallene schwach- und mittelaktive Atommüll der BRD unter dem Deckmantel des Versuchs endgelagert.

Die GSF ist offenbar bis heute nicht in der Lage einen Sicherheitsbericht für die Schachanlage zu erstellen.

Trotz der bis heute unklaren Zukunft von Asse II werden umfangreiche Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbauarbeiten durchgeführt.

Die zukünftigen Sicherungsmaßnahmen in der als Forschungsstätte weiterbetriebenen "Versuchsanlage" sollen darin bestehen, die noch etwa 120 offenen Kammern des Grubengebäudes mit Salzsotter und Braunkohle-Flugasche zu verfüllen. Kostenaufwand: Zusätzlich mehr als 100 Millionen DM aus Steuermitteln.

Frage 8

Die GSF beabsichtigt, außer den genannten Füllmaterialien (Salzsotter, Braunkohle-Flugasche) im Rahmen eines Forschungsprogramms versuchsweise auch Fässer mit radioaktivem Abfall zu verwenden (laut Öffentlichkeitsreferent der GSF, Herr Dipl.-Geol. Wallmüller am 14.10.81)

Welche Mengen sollen in der oben beschriebenen Weise eingelagert werden?

Handelt es sich um schwach- oder mittelaktiven Müll?

Wo kommt der Atommüll her (prozentuale Aufteilung)?

Frage 9

Warum wurde bisher nicht öffentlich bekanntgegeben, daß die Asse nicht als Endlager geeignet ist, da der Sicherheitsbericht nicht zu erstellen ist?

Frage 10

Unter welchen Voraussetzungen kann Atommüll ohne ein Planfeststellungsverfahren eingelagert werden?

Frage 11

Welche "schwerwiegenden bergrechtlichen Vorbehalte" sprechen gegen eine Eignung von Asse II als Endlager (Birgit Breul, laut Wolfenbüttler Zeitung vom 12./13.9.81)?

Frage 12

Wie sind trotz dieser Bedenken und tatsächlichen Unsicherheit der Asse die umfangreichen Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbauarbeiten zu verantworten?

Frage 13

Für welche in Betrieb befindlichen oder zu genehmigenden Atomanlagen diene Asse II als Entsorgungsnachweis?

2.3. Bartensleben

Seit 1972 wird Atommüll der DDR in der Schachtanlage "Bartensleben" bei Morsleben eingelagert. Die Anlage, die weniger als 10 km von Helmstedt entfernt ist, ist 70 Jahre alt. Der GSF-Öffentlichkeitsreferent Dipl.-Geol. Wallmüller bezeichnete die Anlage Bartensleben anlässlich einer Führung durch die Schachtanlage Asse II am 14.10.81 als "Schwesteranlage" der Asse.

Seit die Atommüllendlagerung der DDR im letzten Jahr in die öffentliche Diskussion geriet, haben sich die Bundesregierung und die Landesregierung zu der Anlage unterschiedlich geäußert, bzw. verhalten.

Die folgenden Fragen richten sich - wenn der Adressat nicht ausdrücklich erwähnt wird - an die Regierungen, bzw. verantwortlichen Stellen der DDR und der BRD.

Frage 14

Welche Informationen gibt es in der BRD über die Endlagerung in Bartensleben?

Welche bundesdeutschen Stellen beschäftigen sich damit?

Gibt es wissenschaftliche Konsultationen über die Forschungsergebnisse in der Schachtanlage Asse II und der Schachtanlage Bartensleben?

Gibt es politische Konsultationen über die Lagerung von Atommüll im grenznahen Bereich?

Welche sonstigen wissenschaftlichen oder politischen Kontakte bestehen?

Frage 15

Wie ist der Salzstock und die Schachtanlage von Bartensleben beschaffen (geolog. Formation, Alter, bekannte Bewegungen etc.; Aufbau, Standfestigkeit etc.)

Frage 16

Welche Müllarten werden in Bartensleben gelagert?

Wie wird der Müll in Bartensleben eingelagert?

Gibt es in Bartensleben eine oberirdische Eingangslagerung und welche Kapazität hat sie?

Frage 17

Wie weit reicht der Salzstock, wie weit die Schachtanlage Bartensleben unter westdeutsches Gebiet?

Ist es richtig, daß es unter Tage eine Verbindung gibt, die nur durch eine Mauer versperrt ist?

Frage 18

Ist in der BRD bekannt, welche Sicherheitsuntersuchungen in der DDR angestellt wurden und zu welchem Ergebnis sie gelangt sind?

Gibt es bundesdeutsche Sicherheitsstudien über Bartensleben?

Frage 19

Welche Gefahren bestehen für die Bevölkerung der DDR und BRD, welche können sich ergeben?

Ist es richtig, daß die Wasserabflußrichtung nach Westen geht?

Welche Bedeutung kann die Atommüllagerung in Bartensleben für die angrenzenden Gewässer, insbesondere die Aller haben?

Frage 20

Welche Ergebnisse haben die Wasserkontrollen der Stadt Helmstedt?
Welche weiteren Sicherheitsmaßnahmen plant die Stadt Helmstedt und andere betroffene Gemeinden?
Gibt es Forderungen an Bundes- und Landesregierung?

Frage 21

Warum baut das Land Niedersachsen eine Fernwasserleitung nach Helmstedt, wenn der Bund versichert, eine Gefährdung des Grundwassers bestehe nicht?

Frage 22

Welche Bedeutung messen die DDR und BRD (Bund und Land) der regionalen Anhäufung von Atommülldeponien bei?
Wie gedenken sie sich weiter zu verhalten (Sicherheitsmaßnahmen, Kontakte (BRD/DDR), Forderungen oder Proteste)?
Wie gedenkt die Stadt Helmstedt und andere betroffene Gemeinden sich weiter zu verhalten?

2.4 Konrad

2.4.1. Müllarten

Frage 23

Warum werden für die Einlagerung von radioaktiven Abfällen in Konrad Stahlgußbehälter nur 230 l Nutzvolumen (Wandstärke: ca. 40 cm) vorgeschlagen, die geeignet sind für die Einlagerung von mittel- und sogar hochaktivem Müll, wenn laut Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) nur schwachaktiver Müll eingelagert werden soll?

Frage 24

In der Eignungsanalyse zu Konrad (vom Kernforschungszentrum Karlsruhe) wird die Wärmeentwicklung des eingelagerten Mülls untersucht. U.a. wird für eine Kammer 140°C Abfalltemperatur und 105°C Gesteinstemperatur (normal etwa 50°C) errechnet. So eine Wärmeentwicklung tritt nur bei hochaktivem Müll auf.

Warum wurde dessen Einlagerung untersucht?

Frage 25

Wieso befaßt sich die o.g. Eignungsanalyse mit der Einlagerung hochaktiven Mülls, obwohl das BMFT behauptet: "Die Eignungsprüfung befaßt sich nur mit schwachaktiven Abfällen, bei denen keine merkliche Wärmefreisetzung auftritt"? (aus Fragen-Antwort-Katalog, Bonn 3.8.81)

Frage 26

In einem Zeitungsartikel in der Braunschweiger Zeitung (BZ) vom 31.10.80 heißt es: "Das BMFT wies ausdrücklich darauf hin, daß das Forschungsvorhaben im Hinblick auf eine mögliche Verwendung als Endlagerstätte für schwach radioaktive Stoffe eingeleitet worden war, Alle Untersuchungen bezogen sich auf die sichere Lagerung schwach radioaktiver Abfälle".

Warum hat das BMFT nicht schon seinerzeit angekündigt, daß auch die Einlagerung von mittel- und hochaktivem Atommüll geplant ist?

Frage 27

Welche maximalen Temperaturen für die Abfallbehälter und das umgebende Gestein sind für die Einlagerung vorgesehen und wie ist im Vergleich dazu die Normaltemperatur des Gesteins?

Frage 28

Wieso heißt es dann in einer Antwort des Frage-Antwort-Kataloges vom BMFT (Frage 27): "Die Eignungsprüfung befaßt sich nur mit schwachaktiven Abfällen, bei denen keine merkliche Wärmefreisetzung auftritt"?

Frage 29

Wie setzt sich der Atommüll, der in Konrad eingelagert werden soll zusammen? D.h. wo kommt er genau her, welchen Anteil macht er aus, wie soll er verpackt werden, welche spezifische Aktivität hat er und welche Wärmeentwicklung tritt auf?

Frage 30

Welche spezifische Aktivität und Wärmeentwicklung entspricht der Einteilung in schwach-, mittel- und hochaktiv und welche Behälter kommen dafür in Frage?

2.4.2. Störfallbetrachtung und allgemeine Fragen zur Sicherheit

Frage 31

In der o.g. Eignungsanalyse zu Konrad wird errechnet, daß in der unbelüfteten Kammer 1 1,5 Jahre nach Einlagerungsbeginn ein explosives H_2 Luft-Gemisch entsteht.

Wie kann das BMFT dann behaupten: "Eine mögliche Radiolysegasbildung (H_2 Luft-Gemisch) ist bei der Endlagerung von schwachradioaktiven Abfällen vernachlässigbar gering"?

Welche Vorkehrungen sind getroffen, um die Radiolysebildung bei der Einlagerung von mittel- und hochaktivem Müll zu verhindern?

Frage 32

Weshalb soll der Stahlguß besser geeignet sein, die hohe Wärme und die Strahlung auszuhalten als normaler Eisenguß?

Frage 33

Auf welche Weise soll der Atommüll in den verschiedenen Behältern gelagert werden (versenken in Löchern, in Gräben schütten, stapeln; Stapelhöhe, Lochtiefe etc.)?

Frage 34

Wenn ein Abfallfaß im Schacht abstürzt, wie im Zwischenbericht betrachtet, stellt sich die Frage, wie so etwas denkbar wäre, wo es auftritt, was in einer Entfernung unter 100m passiert und mit welcher Wahrscheinlichkeit, in welcher räumlichen Nähe sich Arbeiter befinden?

Frage 35

Wie ist die Aussage in der Zeitschrift "Erzmetall" von 1974, Band 27 S.520 zu bewerten, daß "Schacht Konrad eine geringe Standfestigkeit besitzt"?

Frage 36

Kann die Tondecke weggeschwemmt werden und die Decke damit durchlässig werden?

Frage 37

Nach der Wassermengenbilanz für die derzeit in der Erzgrube "Konrad" auftretenden Sicker- und Verdunstungswässer (vgl. EGT, "Zusammenfassender Zwischenbericht", 1981, S.56/57) ist damit zu rechnen, daß die Strecken, Kammern und Porenräume im verfüllten Endlagerbereich in weniger als zwei Jahren nach Stilllegung des Endlagers nahezu vollständig mit Wasser bzw. Salzlösungen gefüllt sein werden, die bei anhaltender Gebirgskonvergenz aufgrund des hohen petrostatischen Druckes und der daraus resultierenden, für Fließvorgänge bereitstehenden Druckenergie (mehr als 100 bar) in Grundwasserhorizonte nahe der Tagesoberfläche verdrängt zu werden drohen, (vgl. ÖKO-Institut, Bericht Nr.9, 1980).

Welche Konvergenzraten der Endlagerkammern und Strecken mit und ohne Versatzmaterial sind in Abhängigkeit von der Zeit und vom Durchbaugrad des Eisenerzflözes exakt zu erwarten? Welche Durchbaugrade werden in den Endlagerfeldern erreicht? (vgl. hierzu "Zus. Zwischenbericht", 1981, Abschnitt 4.2, insbesondere S.70/71)

Frage 38

Bei jährlichen Konvergenzbeträgen von abgeschätzt weniger als 1 Promill des Endlagervolumens, (ca. 500 000 m³) genügen nach hydraulischen Gesetzmäßigkeiten bereits einige kapillarartige Porenkanäle von rund 0,1 bis 1 mm Durchmesser beispielsweise entlang der Schachtaußenwandungen im Kontakt zum Gebirge (Schachte mit Ton und Beton verfüllt/, um das verdrängte Volumen radioaktiv verseuchter Lösungen in die Biosphäre zu leiten. Nach dem Prinzip des geringsten Widerstandes kommen als Fließwege außerdem auch beliebige, bisher unbekannte Spalten und Klüfte im Gebirge in Betracht. Welche Sicherheitsuntersuchungen zu dem Mechanismus, daß kontaminierte Lösungen infolge von Hohlraumkonvergenzen aus dem Endlager in die Biosphäre verdrängt werden können, sind bei der Überprüfung, ob und wie weit das Eisenerzbergwerk "Konrad" als radioaktives Endlager geeignet erscheint, bisher angestellt und veröffentlicht worden? (vgl. auch "Zus. Zwischenbericht, 1980, S.131)

2.4.3. Zwischenlager

Frage 39

Warum wurde bei der Störfallbetrachtung nur der Absturz eines Faßes eines Abfallgebindes betrachtet?
Warum nicht die Zerstörung des Zwischenlagers von 20 x 70 m Grundfläche durch Sturm, Feuer, Flugzeugabsturz oder ähnliches?
Wurde die Möglichkeit eines Rangierunfalles betrachtet?

Frage 40

Wieviel Abfallgebäude müssen durchschnittlich bzw. maximal in dem geplanten "Pufferlager" bzw. in der gesamten oberirdischen Anlage aufgenommen werden?

Frage 41

Wie lange verbleibt ein Faß statistisch in den oberirdischen Anlagen?

Frage 42

Warum ist ein "Pufferlager" zusätzlich zur bereits vorhandenen Entladehalle nötig, wenn "sofort" eingelagert wird?

2.4.4. Strahlenbelastung

Frage 43

Welche Berechnungen wurden durchgeführt, um abzuschätzen wieviel Radioaktivität über "Staubteilchen" und das nach oben gepumpte Grubenwasser nach Obertage gebracht wird?

2.4.5. Technische und methodische Mängel

Frage 44

Der Zwischenbericht erweckt den Eindruck, daß viel auf alte Messungen und teilweise auch ungeeignete Meßmethoden zurückgegriffen wurde anstatt neue eigene Messungen durchzuführen. Z.B. wurden Wasserdurchlässigkeitswerte des Gesteins im Laborversuch bestimmt (S.18 des Zwischenberichts) obwohl aufgrund der Inhomogenitäten im Gestein und der Oberstruktur durch Klüfte aufwendigere Pumpversuche geeigneter sind und für eine optimale Sicherheitsbetrachtung selbstverständlich sein sollten.

Warum wurden diese Messungen und überhaupt so wenig eigene Messungen durchgeführt?

2.4.6. Transport

In der Schachtanlage Konrad können laut Zwischenbericht 500.000 m³ Atommüll gelagert werden. Dabei geht man von einer Jahreskapazität von 12.500 m³ Müll jährlich im Einschichtbetrieb und 25.000 m³ im Zweischichtbetrieb aus.

Diese Mengen an Atommüll müßten freilich erst über öffentliche Verkehrswege zur Schachtanlage transportiert werden. Dabei muß dafür Sorge getragen werden, daß die Bevölkerung sowie die Transportbediensteten zu keiner Zeit und an keinem Ort irgendeiner Gefahr durch diesen radioaktiven Müll ausgesetzt sind. Die dazu notwendigen Vorkehrungen und Verordnungen müssen schon lange vor Inbetriebnahme der Schachtanlage Konrad als Atommüllendlager feststehen und allen Beteiligten bekannt sein, Bisher sind dazu noch keine Informationen veröffentlicht worden.

Frage 45

Über welche Verkehrsmittel soll wieviel Atommüll im einzelnen zum Schacht Konrad transportiert werden?

Frage 46

Welche Anforderungen werden an die Verpackung des Atommülls beim Transport gestellt? Gehen diese über die Vorschriften der IAEA (Internationale Atomenergieagentur) an die Verpackung von radioaktiven Stoffen hinaus, oder decken sie sich mit ihnen?

Frage 47

Haben die einzelnen Behälter eine Aktivitätsbegrenzung oder sollen auch nach den IAEA-Vorschriften Behälter vom Typ B eingesetzt werden? Welche Aktivitätsbegrenzung haben die Behälter gegebenenfalls?

Frage 48

Mit welcher Strahlenbelastung haben die Transportbediensteten im Jahr maximal zu rechnen, auch bei einem etwaigen Unfall, und welcher Strahlenbelastung ist die Bevölkerung ausgesetzt?

Frage 49

Sind die Krankenhäuser der Region darauf vorbereitet bei einem etwaigen Unfall größere Gruppen von Leuten, die einer unzulässigen Strahlenbelastung ausgesetzt waren, zu behandeln und aufzunehmen?
Welche Krankenhäuser sind dies, und welcher Art sind diese Vorbereitungen?

Frage 50

Gibt es Evakuierungspläne für die Bevölkerung, wenn bei einem Unfall größere Mengen Radioaktivität freigesetzt worden sind?
Wie soll diese Evakuierung dann gegebenenfalls durchgeführt werden?

Frage 51

Haben die Transportbediensteten eine besondere Ausbildung zum Transport mit radioaktivem Material?

Frage 52

Wird die Bevölkerung der Region über die Gefahren beim Transport von Atom Müll informiert, und über die Kennzeichnung der Behälter einzelner Gefahrenklassen?
In welcher Form soll dies geschehen?

Frage 53

Erfolgt eine Sicherung von besonders gefährlichen Atom mülltransporten, und wie sähe solch eine Sicherung gegen technische Defekte und Sabotage aus?

2.4.7. Sachzwangpolitik

Frage 54

Welche Bedeutung soll Konrad für die Atom müllentsorgung der BRD haben?
Was wäre, wenn Konrad sich als ungeeignet erweist oder erst sehr spät zur konkreten Endlagerung bereitstehen könnte?
Welche Auswirkung hätte das insbesondere auf den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken?

Frage 55

Wie ist es möglich, daß am 10.11.81 die Schachtanlage Konrad in der Betriebsgenehmigung des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld unter dem Punkt Entsorgungsvorsorge als zukünftige Endlagerstätte aufgeführt wird, obwohl die Eignungsuntersuchungen nicht abgeschlossen sind und das Planfeststellungsverfahren erst bevorsteht?

2.4.8. Bürgerdialog

Frage 56

Wann gedenkt die Stadt Salzgitter den Beschluß des Verwaltungsausschusses des Rates der Stadt Salzgitter vom 9. März '81 in die Tat umzusetzen, die Gruppe Ökologie mit einem Zweitgutachten zu beauftragen?

Frage 57

Welche Anstrengungen hat die Stadtverwaltung Salzgitter bisher unternommen, die gescheiterten Verhandlungen mit der Gruppe Ökologie wieder aufzunehmen?

Frage 58

In einem Leserbrief, abgedruckt in der "Tageszeitung", spricht Dr. Dr. H. Uhl davon, daß es "in keiner Weise der allgemein bekannten Praxis des Bundesforschungsministeriums" entspreche, daß "kritische Gutachten nicht erwünscht seien". Wer hat es nach Meinung des Bundesforschungsministeriums zu verantworten, daß das kritische Gutachten der Gruppe Ökologie nicht zustande gekommen ist?

Frage 59

Die von Dr. Ziegler aus Anlaß der öffentlichen Ratssitzung am 29.1.81 in Salzgitter erwähnten "politischen Gespräche" zwischen dem Bundesforschungsministerium und der niedersächsischen Landesregierung haben zu einer Entscheidung zu Schacht Konrad geführt. Erläutern Sie uns, wie dieser politische Einigungsprozeß vonstatten ging!

Frage 60

Wie stellt es sich die Stadtverwaltung und der Rat der Stadt Salzgitter vor, die Sachlage zum Schacht Konrad, seien es die politischen Sachzwänge in puncto Endlagerung radioaktiver Stoffe oder der Eigentumsuntersuchungen durch die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, beurteilen zu können, wenn sie sich seit dem 29.1.81 öffentlich nicht mehr mit diesem Thema ausführlich beschäftigt hat, geschweige denn die angekündigten, für die Bürger und Politiker in diesem Raum zur Meinungsbildung notwendigen, Veranstaltungen durchgeführt wurden?

Frage 61

Warum gibt sich der Umweltausschuß der Stadt Salzgitter mit der Aussage des Dr. Ziegler vom Bundesforschungsministerium zufrieden, die für Oktober '81 angekündigte Veranstaltung könne unbedenklich bis zum Vorliegen des Endberichtes verschoben werden?

Frage 62

Sollte es nicht im Interesse der Stadt Salzgitter liegen, eine Pro- und Kontra-Veranstaltung auch ohne das Zutun des an der Einlagerung interessierten Bundesministeriums durchzuführen?

Frage 63

Die SPD-Ratsfraktion Salzgitter hat in einem Telegramm an den Bundesminister BÜLOW im Mai '81 mitgeteilt, "daß sie sich jeder Lagerung mittelradioaktiver Abfälle mit allen Kräften widersetzen wird".

Welche Stellungnahme können wir von der SPD zu der Meldung vom 4.11.81 in der Salzg.-Zeitung erwarten, nach der der Bund ankündigt, "daß er demnächst einen Planfeststellungsantrag für die Nutzung der Erzgrube Konrad in Salzgitter für schwach- und mittelradioaktive Abfälle und für Sperrgut aus abgebauten Kernkraftwerken stellen wird"?

Frage 64

Schacht Konrad wird in der 5. Teilgenehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für das AKW Grafenrheinfeld, Schweinfurt, als Entsorgungsnachweis aufgeführt.

Wie beurteilt die Stadt Salzgitter die sich damit immer mehr zuspitzende Forcierung des Endlagers Konrad durch den Bund, insbesondere da die Eignung der Schachthanlage noch nicht feststeht?

Frage 65

Ist von der Stadt Salzgitter eine kritische Stellungnahme zu erwarten, die sich gegen die vom Bund betriebene Politik der Sachzwänge richtet, insbesondere mit Blick auf die Genehmigung des AKW Grafenrheinfeld?

Frage 66

Wie begründet das Bundesforschungsministerium die Tatsache, daß im Rahmen von einem Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Europäischen Gemeinschaft, in dem sich "die sechs größten Mitgliedstaaten der EG auf die Durchführung eines gemeinsamen Programms zur Endlagerung geeinigt" haben, Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien und Holland "ungehinderten Zugang zu den Entwicklungserfahrungen und zu den Ergebnissen" in Bezug auf die Forschungs- und Entwicklungsprogramme zur Endlagerung in der Bundesrepublik haben, den Bürgern der BRD aber die geforderten Informationen, in diesem Fall fünf Zwischenberichte der Entwicklungsgemeinschaft Tieflagerung zur Untersuchung auf Schacht Konrad, vorenthalten werden?

(gekennzeichnete Textstellen sind Zitate von Dr. Kühn bei einer nicht-öffentlichen Informationssitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie am 25.5.77)

Anschriften der Herausgeber

Regionalkonferenz Süd-Ost-Niedersächsischer Bürgerinitiativen
c/o Werner Gent, [REDACTED]
-Buchenwall 6 - 3325 Lengede
Tel.: 05344/6563

Landesverband "DIE GRÜNEN" Niedersachsen
Voltastr.35, 3000 Hannover 1
Tel.: 0511/664350

Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen e.V.
Hinüberstr.18, 3000 Hannover 1
Tel.: 0511/343023

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V.
Hellbergstr.6, 7500 Karlsruhe 21
Tel.: 0721/574248

bearbeitet vom
Arbeitskreis gegen Atomenergie Braunschweig
Spitzwegstr. 22, 3300 Braunschweig
Tel.: 0531/335874

Spenden für die weitere Arbeit gegen die Atommüll-Lagerung in
Süd-Ost-Niedersachsen bitte auf das Konto der Regionalkonferenz:

Claus Schröder - Sonderkonto - Nr. 251729-308, PSchA Hannover,
Stichwort- "Regionalkonferenz"

 -Druck: Jaruschewski, Meyer & Dickel

V.i.S.d.P.: Claus Schröder, Spitzweg 22, 3300 Braunschweig